

Bericht und Fotos von Hannes Lintschnig im Wilhelmsburger Insel Rundblick,
Ausgabe Juni/Juli 2016

Jobcenter Wilhelmsburg Dienstleister oder Unterdrücker?



*Michael Weinreich und Inge Hannemann, beide MdB,
nahmen die Beschwerden mit. Foto han.*

han. Vertreter von sozialen Einrichtungen und Politiker kritisieren den Umgang des Jobcenters mit Hartz-IV-Empfängern heftig. Ein Gespräch mit den Verantwortlichen von team.arbeit.hamburg soll helfen.

Die Geschichten, die Sozialberaterinnen vom Jobcenter Wilhelmsburg erzählen, hören sich schaurig an. Beim „Pegelstand Elbinsel“ im Bürgerhaus haben sich rund 50 Interessierte von Experten, Politikern und Betroffenen über das Jobcenter Wilhelmsburg und dessen Umgang mit seinen Kunden informiert. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Verein „Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg“ und dem Aktionsbündnis „Bürgerfreundliches Jobcenter Wilhelmsburg“.

Neben den Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Michael Weinreich (SPD) und Inge Hannemann (DIE LINKE) haben auch Vertreter von sozialen Verbänden und Gottfried Eich, der als Arbeitsmarktexperte geladen wurde, diskutiert und Vorträge gehalten.

Christel Ewert, Sozialberaterin beim Kirchenkreis Hamburg Ost, berichtet von einer alleinerziehenden Mutter von vier Kindern, die vom Jobcenter einen Ein-Euro-Job in einem Sozialkaufhaus bekommen hat. „Es sollten eigentlich Bürotätigkeiten sein. Doch in Wahrheit saß sie die ganze Zeit auf einem Stuhl und sollte Kunden dabei beobachten, ob sie klauen oder nicht“, sagt Ewert. Dann sei ein Sohn von ihr krank geworden, sie musste sich um ihn kümmern. Den Job bei dem Sozialkaufhaus wollte sie danach nicht mehr machen. „Dann hat sie Sanktionen bekommen: 30 Prozent weniger Geld über einen Zeitraum von drei Monaten“, sagt Ewert. Eine andere Alleinerziehende von Zwillingen habe Elterngeld bekommen und später Hartz IV beantragt. „Aber das Jobcenter wollte ihr zunächst kein Geld geben mit der Begründung, dass sie etwas vom Elterngeld hätte sparen müssen.“

Auch Christiane Tursi, Sozialberaterin beim Verbund für interkulturelle Kommunikation und Bildung (Verikom) in Wilhelmsburg, kennt solche Fälle – und zwar nicht nur vom Jobcenter in Wilhelmsburg, sondern aus ganz Hamburg.

„Es geht hier nicht um Einzelfälle, sondern um Strukturen“, sagt Tursi. „Menschen werden abgewiesen und unter Druck gesetzt, ihre Leistungen werden gekürzt. Dabei handelt es sich um ein Existenzminimum.“ Die Verfahren in Jobcentern seien zu lang, außerdem seien die Zentren unterbesetzt und es werde zum Teil schlampig gearbeitet. Oft habe sie offensichtliche Fehler der Mitarbeiter zu Ungunsten der Kunden erlebt, nicht selten muss sie das Sozialgericht einschalten. „Die Menschen, die davon abhängen, befinden sich in blanker Existenznot, wenn ihre Bezüge gekürzt werden.“

Sanktionen bei Kunden des Jobcenters ist etwas, was Inge Hannemann abschaffen will. „Ein Existenzminimum kürzt man nicht! Sanktionen führen nicht dazu, dass Menschen eine Arbeit aufnehmen, im Gegenteil“, sagt die LINKE- Bürgerschaftsabgeordnete. „Besonders jüngere Kunden entwickeln bei diesen Mechanismen eine Abwehrhaltung und man verliert sie.“ Hannemann weiß, wovon sie spricht. Die „Hartz-IV-Rebellin“ hat jahrelang im Jobcenter Altona gearbeitet, sie kennt die Strukturen, hat sich dagegen gewehrt und Sanktionen einfach nicht ausgeführt. Das brachte ihr bundesweite Aufmerksamkeit und Anerkennung - und viel Stress mit ihrem Arbeitgeber. „Ich möchte nicht alle Sachbearbeiter über einen Kamm scheren. Es gibt auch empathische Menschen, die in Jobcentern arbeiten“, sagt sie. Es mangle allerdings an der Qualifizierung der Mitarbeiter. „Wer im Leistungsbereich arbeitet, bekommt 35 Schulungstage. Das ist aber viel zu wenig. Man bräuchte mindestens ein Jahr, um das alles zu verstehen.“ Leider waren an diesem Abend keine Mitarbeiter des Jobcenters zugegen, die ihre Sicht der Dinge hätten darlegen können.



Graphic recording: Elke Ehninger zeichnete die Veranstaltung mit. Das komplette Bild finden Sie unten, Fotos: han.

Dass Mitarbeiter von Jobcentern ihren eigenen Job riskieren und keine Sanktionen verhängen, passiert nicht häufig. „Es ist das Gesetz. Jobcenter müssen sich nun einmal an das Zweite Sozialgesetzbuch halten“, sagt Michael Weinreich. Ein Einwand aus dem Publikum, dass Hamburg mit der SPD als Regierungspartei doch wenigstens einen Antrag im Bundesrat einreichen könnte, die Sanktionen abzuschaffen, kontert Weinreich: „Es gibt einen Koalitionsvertrag, an den sich die Regierungsparteien im Bund halten müssen. Das ist nun einmal die politische Realität.“

Die Realität in Wilhelmsburg ist folgende: Rund 14.500 Menschen leben von Arbeitslosengeld II oder von Transferleistungen. Zwei Drittel der Arbeitslosen verfügen nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Bei den 25- bis 35-Jährigen sind es sogar 75

Prozent. „Die Sozialstruktur muss verbessert werden. Arbeitslose, Geflüchtete und osteuropäische Wanderarbeiter müssen qualifiziert werden“, sagt Gottfried Eich. Er empfiehlt, einen runden Tisch ins Leben zu rufen, den „QuBa“ (Qualifizierung und Beschäftigung für alle). „Nichts ist dazu verdammt zu bleiben, wie es ist“, zitiert Eich Ernst Bloch zum Ende seiner Rede.

Damit sich etwas ändert, werden Vertreter des Vereins „Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg“ und vom Aktionsbündnis „Bürgerfreundliches Jobcenter Wilhelmsburg“ noch im Juni mit der Leitung des Hamburger Jobcenters sprechen. Sollte dieses Gespräch zu konkreten Ergebnissen führen, wird darüber bei einer weiteren „Pegelstand“-Veranstaltung nach der Sommerpause informiert.

